Anlage 1

zur Vorlage Nr. 2014/349

In Kurzform zusammengefasst wurden folgende „Grundsatzbeschlüsse“ zum Thema Mobilfunk seit 2006 durch den Kitzinger Stadtrat gefasst:

- a) In der Sitzung am 11.05.2006 beschloss der Kitzinger Stadtrat ein Mobilfunkkonzept durch die Fa. Enorm, München, erstellen zu lassen. Seit dem 21.03.2007 lag das Gutachten dem Stadtrat in der endgültigen Fassung vor. Es sollte künftig als Verhandlungsgrundlage für Gespräche mit den Mobilfunkbetreibern dienen.
- b) Am 14.11.2006 wurde auf Antrag der damaligen 2. Bürgermeisterin Gold die Bildung einer Arbeitsgruppe „Mobilfunk“ beschlossen. Ausdrückliches Ziel der Arbeitsgruppe sollte „die Unterstützung und Entlastung der Ratsgremien sowie der Verwaltung“ sein.
- c) Der Stadtrat hat in der Sitzung am 21.06.2007 die 1. Änderung bzw. Ergänzung der Gestaltungssatzung für die Kitzinger Innenstadt in Bezug auf die Zulässigkeit von Antennenanlagen, insbesondere Mobilfunkanlagen, beschlossen. Etwa seit 2001 wurden erste Anlagen dieser Art in der Altstadt errichtet, sodass hierzu Regelungsbedarf erkannt wurde.
- d) In gleicher Sitzung beschloss der Stadtrat die Anpassung der „Resolution zum Mobilfunk“ vom 11.04.2004. Danach sollten zum Schutz vor möglichen gesundheitlichen Gefährdungen alle Anträge der Betreiber in einer bestimmten Art und Weise behandelt werden, u.a. sollten verpflichtend Schutzabstände von min. 300 m zu sensiblen Einrichtungen verlangt werden, alternative Standorte auf Grundlage des Mobilfunkkonzeptes (2007) vorgeschlagen werden und insbesondere auch städtischen Liegenschaften nur zur Verfügung gestellt werden, wenn dadurch eine Reduzierung der Belastung durch Mobilfunkstrahlung für die Bevölkerung erreicht werden kann.
- e) Schließlich wurde am 31.01.2008 vom Stadtrat erneut (?) das Gutachten der Fa. Enorm zur Kenntnis genommen und gebilligt. Des Weiteren wurde beschlossen, dieses Gutachten als Grundlage für die weitere Handhabung des Themas „Mobilfunk“ heranzuziehen. Für bestimmte Bereiche (Keltenstraße, Klettenberg, Schützenstraße und Böhmerwaldstraße) wurde ein sog. „Rückbaukonzept“ für Vorgehensweise hinsichtlich bestehender und künftiger Mobilfunkanlagen festgelegt.